



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 15.

Berlin, den 8. Juli 1917.

12. Jahrgang.

## Mittwoch, den 11. Juli: Zahlabend in Groß-Berlin.

Büro des Verbandes sowie Redaktion des Mitteilungsblattes befinden sich vom 1. Juli ab

**Schicklerstraße 5, Hof 2 Treppen,**

Eingang neben dem Tierchutzverein.

Alle Briefe und Geldsendungen werden von diesem Zeitpunkt ab nach obengenannter Adresse erbeten.

### Politik und Gewerkschaften.

Berlin, 2. Juli 1917.

In Köln hat in den letzten Junitagen die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes stattgefunden. Der große Meinungsgegensatz, den der Weltkrieg in der deutschen Arbeiterbewegung emporkommen ließ, trat hier in seiner Wirkung auf die Haltung der größten freien Gewerkschaft Deutschlands in Erscheinung. Die Auseinandersetzungen in Köln liefen letzten Endes darauf hinaus, zu entscheiden, ob die Kriegspolitik der Gewerkschaftsführer, die während der letzten drei Jahre der Masse der Gewerkschaftsmitglieder aufgezwungen war, auch in Zukunft die Richtschnur der gewerkschaftlichen Theorie und Praxis bilden solle, oder ob die Mitglieder selbst über die Haltung und die Taktik ihrer wirtschaftlichen Organisation zu bestimmen haben. Die Generalversammlung der Metallarbeiter hat sich in einer langen Entschliefung für die Politik der Legien, Schlade usw. ausgesprochen. Aber die Stimmenzahl, die auf diese Entschliefung fiel, ist nicht so überwältigend, daß die Sieger Jubelhymnen singen können. Stehen doch den 64 Stimmen der Führerergelsgesellschaft 53 Stimmen der Mitgliederopposition gegenüber. Jedenfalls darf man annehmen, daß diese Abstimmung noch nicht das letzte Wort im Meinungsstreit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung darstellt und daß in den Kreisen der geistig regsamsten und organisatorisch tätigen Mitglieder die Erörterung über die grundsätzlichen und taktischen Aufgaben der freien Gewerkschaften erst recht lebhaftere Formen annehmen wird.

Wir verzichten darauf, die Kölner Entschliefung eingehender zu würdigen. Wir müssen das schon deshalb tun, weil auch in diesem Falle die Anhänger der Schlickpolitik in der Vertretung ihrer Anschauungen zurzeit weit mehr Elbogenfreiheit haben als die Gegenseite. Wir müssen die Metallarbeiter auf den offiziellen Bericht, vor allem aber auf die Berichterstattung ihrer Delegierten verweisen, zu der sie dann auf Grund ihrer eigenen Ueberzeugung Stellung zu nehmen haben. Sie haben dabei zu bedenken, daß die Verhandlungen in Köln weit über ihr engeres Berufsinteresse hinausgehen und für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung sind. Wir wollen für heute hier nur einige allgemeine, grundsätzliche Ausführungen über die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Gewerkschaftsbewegung machen. Die Verdrossenheit und Verwirrung, die durch die einseitige Politik der Führer in manchen Köpfen der Gewerkschaftsmitglieder Platz gegriffen haben, darf im Interesse der großen proletarischen Zukunftsaufgaben nicht weiterbestehen. Auch die Gewerkschaftsbewegung muß wieder gefunden; bürokratische Bevormundung und schwächliche Harmonietendenzen müssen ausgeremert werden, wollen die Gewerkschaften in den großen wirtschaftlichen Kämpfen der Zukunft die Aufgaben erfüllen, die ihnen im Rahmen des großen, allgemeinen, proletarischen Befreiungskampfes zufallen.

Das Törichteste, was nach unserer Meinung bisher Gewerkschaftsmitglieder in ihrer Verärgerung über die auf die Politik des 4. August eingeschworenen Gewerkschaftsführer tun konnten, war die Flucht aus der Gewerkschaft selbst. Denn damit haben sie diese Führer freiwillig von unliebsamen Mahnern und Drängern befreit, haben deren burgfriedliche Haltung gestärkt und der Gewerkschaftsbürokratie erst recht einen Freibrief für ihre Selbstherrlichkeit ausgestellt. Neben dieser kindischen Trochpolitik machten sich aber auch Kräfte geltend, die einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung das Lebensrecht abspachen und für eine völlige Verschmelzung der wirtschaftlichen und politischen Kampforganisationen der Arbeiterklasse eintraten und noch eintreten. Untersuchen wir daher kurz einmal, wie vom marxistischen Standpunkte aus die Beziehung der Gewerkschaftsbewegung zur Politik zu bewerten ist.

Die großen Lehrmeister der modernen Arbeiterbewegung, Marx und Engels, hatten die Bedeutung des Gewerkschaftskampfes schon früh erkannt. Sie beurteilten die Gewerkschaften nicht im Sinne der Syndikalisten, die die Gewerkschaften für Schulen revolutionärer Gymnastik und zugleich für Mittelpunkte der künftigen Wirtschaftsorganisation halten. Nicht in der „direkten Aktion“, der systematischen Vorbereitung zum Generalstreik sahen Marx und Engels das revolutionäre Moment des Gewerkschaftskampfes, sondern gerade in den Lohnkämpfen, im Ringen um menschenwürdige Existenz. Nach der Auffassung von Karl Marx bildet gerade der gewerkschaftliche Tageskampf die große Masse der Arbeiter erst zu der ihrer selbst bewußten Klasse, die mit der ebensfalls in diesem Kampfe zusammenschmiedeten Kapitalistenklasse zum Kampf antritt, der dann als Kampf von Klasse gegen Klasse ein politischer ist. Und er wird das um so mehr sein, je mehr sich der Staat als politischer Geschäftsführer der kapitalistischen Klassen betätigt oder selbst, wie z. B. mit Staatsmonopolen usw., kapitalistische Funktionen übernimmt, wie es höchst wahrscheinlich nach dem Weltkriege in Deutschland in großem Maßstabe der Fall sein wird.

In einem im Juni 1865 von Marx gehaltenen Vortrage (von Bernstein 1908 unter dem Titel „Lohn, Preis und Politik“ herausgegeben) heißt es:

„Gewerkschaften sind wirksam als Zentren des Widerstandes gegen Uebergriffe des Kapitals. Sie erweisen sich in Einzelfällen als unwirksam infolge unbedachten Gebrauches ihrer Macht. Sie verfehlen in allgemeinen ihren Zweck dadurch, daß sie sich auf einen Guerilla- (Klein-) Krieg gegen die Wirkungen des gegenwärtigen Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuarbeiten und ihre organisierte Kraft als einen Hebel für die endgültige Emanzipation der arbeitenden Klassen, das heißt die endgültige Abschaffung des Lohnsystems zu gebrauchen.“

Marx und Engels erblickten also in den Gewerkschaften die eigentlichen spezifisch proletarischen Kampforganisationen der Arbeiterschaft, die zwei Aufgaben zu erfüllen haben: den Kleinkrieg gegen kapitalistische Uebergriffe und die Bildung von Zentren für den Klassentampf. Doch stehen diese beiden Aufgaben weder in einem Gegenjage zu noch unermittelt nebeneinander; denn der tägliche Kleinkrieg schafft erst die Organisation, er führt die Proletarier in diese Vereinigung, er bestimmt zugleich auch ihren Charakter. Diese Kämpfe führen aber über sich selbst hinaus, in ihnen „findet sich die Masse zusammen und konstituiert sich als Klasse für sich selbst“. Dieser Vorgang kann allerdings durch eine verfehlte, engherzige Taktik der Gewerkschaften gehemmt und hinausgeschoben werden, wenn diese, wie es besonders in England der Fall war, zünftlerisch erstarrten. Gehemmt und hinausgeschoben wird dieser

Vorgang aber durch die Politik und Taktik, die die deutschen Gewerkschaftsführer, frei von aller demokratischen Kontrolle, im Laufe dreier Kriegsjahre dekretiert haben. Denn nicht um eine Politik und Taktik der Gewerkschaften handelt es sich hier, sondern um bestimmte Kundgebungen und Festlegungen einer dünnen Führerschicht, die ohne Auftrag und ohne Befragung der Massen selbstherrlich der Bewegung neue Bahnen vorschreiben wollen. Das Zusammengehen und Harmonisieren — soweit es sich um wichtige proletarische Lebensfragen und nicht um begrenzte Lohnkämpfe handelt — mit rein bürgerlichen Gewerkschaftsrichtungen, denen es gar nicht einfällt, auf eine „endgültige Emanzipation der arbeitenden Klassen“ und eine endgültige „Abschaffung des Lohnsystems“ hinzuarbeiten, gehört, um nur ein Beispiel zu nennen, zu jener verfehlten engherzigen Taktik, gegen die die Gewerkschaftsmitglieder mit allen Mitteln der Demokratie Front zu machen haben. Auf andere wichtige, in der Kriegszeit aufgerollte Fragen, wie zum Beispiel die des Zivildienstgesetzes, in diesem Zusammenhange näher einzugehen, müssen wir uns aus leicht begreiflichen Gründen versagen. Soviel wird aber jedem denkenden Gewerkschaftler aus dem Ange deuteten klar werden, daß die Kölner Entschliefung des Metallarbeiterverbandes im schärfsten Gegensatz steht zu der Auffassung, die die großen Lehrmeister des Sozialismus von den Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung hatten, eine Auffassung, die auch heute noch dem proletarischen Empfinden von vielen Tausenden, und zwar gerade der fortgeschrittensten Arbeiter entspricht. Daraus folgt natürlich auch weiter, daß die Gewerkschaftsführer die Politik einer Partei sich zu eigen machen, die ihre Maximen der bürokratischen Bevormundung, ihr Kompromisseln und Harmonisieren auf politisches Gebiet überträgt, wie es die regierungssozialistische Partei tut, während die fortgeschrittenen Gewerkschaftsmitglieder in großer Anzahl der Partei zuneigen, die, unabhängig von „Staatsnotwendigkeiten“, Regierungsgunst und Führerchrei, den Forderungen der Demokratie und des Sozialismus Geltung verschaffen will.

Zwischen diesen beiden Polen, den nationalistisch und opportunistisch angekränkelten und bürokratisch-selbstherrlichen Gewerkschaftsführern und den demokratisch und sozialistisch empfindenden Gewerkschaftsmitgliedern steht die große Masse der ungeschulten Gewerkschaftsmitglieder. Und was haben die Gewerkschaften im Laufe der letzten Jahre für die Schulung ihrer Mitglieder getan? Die Eingezogenen wurden von der „Sozialdemokratischen Feldpost“ im Sinne der Führerpolitik bearbeitet, die Daheimgebliebenen wurden mit dem burgfriedlichen Cianopeia eingeschläfert. Jetzt heißt es, die Dahindämmern den aufweden. Die oppositionell gerichteten Gewerkschaftsmitglieder haben jetzt alle Ursache, in ihrer Bewegung für Aufklärung der Stumpfen und Trägen, dieser Hauptstütze der Führerdespotie, zu sorgen. Mit allen Mitteln ist für eine Gesundung der Bewegung, für eine Lüftung des dumpfen bürokratischen Organisationsgebäudes zu sorgen. Nicht an den Gehätern der Angestellten darf sich die Kritik festheften, sondern die großen, grundsätzlichen Fragen müssen im Vordergrund der Auseinandersetzungen mit der Führerschaft stehen. Dabei kann und darf von einem törichtem und kindischen Nichtmehrmitpielen wollen keine Rede sein. Im Gegenteil, nun erst recht hinein in die Gewerkschaften. Von unten auf und von innen heraus müssen sie wieder das werden, was die großen Lehrmeister des Sozialismus in ihnen erblickten und was sie in folgende Worte kleideten: „Das unmittelbare Ziel der Gewerkschaften beschränkt sich auf die notwendigen täglichen



Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital, als ein Mittel der Abwehr gegen die unaufhörlichen Uebergriffe des Kapitals, mit einem Wort auf die Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit. Diese Tätigkeit der Gewerkschaften ist nicht nur berechtigt, sie ist notwendig . . . ."

„ . . . . (Die Gewerkschaften) müssen lernen, bewußterweise als Brennpunkt der Organisation der Arbeiterklasse zu handeln, im großen Interesse ihrer vollstündigen Emanzipation. Sie müssen jede soziale und politische Bewegung, welche auf dieses große Ziel lossteuert, unterstützen . . . Sie müssen die ganze Welt zur Ueberzeugung bringen, daß ihre Bestrebungen, weit entfernt, engherzig und selbstsüchtig zu sein, vielmehr die Emanzipation der niedergetretenen Massen zum Ziele hat.“

## Wochenschau.

Vom 26. Juni bis 3. Juli 1917.

Die Kriegsergebnisse haben in der vergangenen Woche lebhaftere und größere Kampfhandlungen an der Westfront gebracht. In Flandern und an der Arrasfront haben die Engländer stärkere Vorstöße unternommen, während an der Maas von deutscher Seite aus mehrere umfangreiche Unternehmungen gegen die Franzosen durchgeführt wurden, die mit Gegenstößen beantworteten. — Am 30. Juni hat im ostgalizischen Teile der Ostfront nach langer Pause die russische Angriffstätigkeit wieder eingesetzt, offenbar unter dem Drucke englischer und französischer Einflüsse und unter Mitwirkung englischer und französischer Offiziere und Spezialwaffen. An 30 russische Divisionen sollen an den Massenangriffen der Infanterie beteiligt gewesen sein, die irgendwelchen bedeutamen Erfolg nicht erzielen konnten.

Im Auslande brachten die letzten Tage eine ganze Reihe beachtenswerter Vorgänge. Das politische Leben in Oesterreich schlägt jetzt nach dreijähriger Kirchhofstrube größere Wellen. Dabei kommt manches an den Tag, was während der Kriegszeit vom absolutistischen Regime totgeschwiegen wurde. So machte der Landesverteidigungsminister in einem Ausschusse des Reichsrates Mitteilungen über die Meuterei tschechischer Regimenter, über die Bildung slavischer Regionen in Rußland, Frankreich usw., Vorgänge, denen man mit drakonischen Maßnahmen, Massenhinrichtungen usw. in den slavischen Landes teilen zu begegnen suchte. — Das neue Ministerium Seidel gab in der Friedensfrage im Reichsrate eine Erklärung ab, die sehr unvorteilhaft von den bisherigen Friedenskundgebungen des Kaisers und der Regierung abstach. Der Ministerpräsident sprach zwar, wie alle Staatslenker, von einem „ehrenvollen“ Frieden, weigerte sich aber ganz entschieden, sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und auf die Formel: „keine Annexionen, keine Kriegsschädigung“ festzulegen. Er betonte nachdrücklich das Recht der Krone auf die ausschlaggebende Entscheidung in der Friedensfrage. Jedenfalls als Antwort auf diese schroffe Haltung haben die Sozialdemokraten einen Antrag eingebracht, nach dem die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Reichsrate zufallen soll. Der Vorfall zeigt, auf wie schwachen Füßen das Vertrauen auf den ungewissen Friedenswillen der Regierungen steht. Der Stamper-„Vorwärts“, der der österreichischen Regierung bisher nicht genug Loblieder singen konnte und sie als begeisterte Anhängerin seines „Scheidemann-Friedens“ hinstellte, ist denn auch sehr kleinlaut geworden und meinte, daß die Schwankung der österreichischen Regierung wahrscheinlich auf Berliner Einflüsse zurückzuführen sei. — Der österreichische Kaiser hat am 2. Juli einen umfassenden politischen Amnestieerlass bekannt gegeben, der wenigstens zahlreichen noch lebenden Opfern einer despotisch waltenden Kriegsgerechtigkeit zugute kommt.

In Ungarn zettelt der gewesene Ministerpräsident Tisza allerlei Intriguen gegen die Wahlreform an, wie er auch fanatisch gegen die Autonomiebestrebungen der Polen und Südslaven ankämpft. — In Budapest haben die Arbeiter wieder eine große Wahlrechtsdemonstration veranstaltet, bei der es, wahrscheinlich infolge Vorkipfelerarbeit, zu Vorgängen kam, die den Polizeipräsidenten, einen Anhänger Tiszas, zur Abdankung zwangen.

In Polen ist unter der Einwirkung der russischen Revolution die Stimmung der Bevölkerung sehr erregt. Ein bedeutames Zeichen dafür ist die zwangsweise Schließung der Hochschulen in Warschau, die vor kaum Jahresfrist das erste Geschenk waren, das die Mittelmächte dem „befreiten“ polnischen Volke darbrachten.

Zwischen Holland und Deutschland ist ein Abkommen getroffen worden, wonach die deutsche Regierung eine Entschädigung für versenkte holländische Schiffe gewährt. Es werden in niederländisch-indischen Häfen liegende deutsche Schiffe an Holland abgetreten, die der holländischen Handelsmarine einverleibt werden und für die Holland die Versicherungssumme zahlt, die auf den versenkten holländischen Schiffen stand.

In der Schweiz hat es als Nachspiel zur Affäre Grimm-Hoffmann lebhafte Neutralitätsdebatten gegeben. Als Nachfolger Hoffmanns wurde der westschweizer Bundesrat Ador für die Leitung des Auswärtigen Amtes bestimmt. Ador ist Vorsitzender des Internationalen Roten Kreuzes und ist gewissen deutschen Kreisen als Ententefreund verdächtig. Er hat sich aber bei seinem Amtsantritt zu einer rückhaltlosen Neutralität bekannt.

In Norwegen ist die seit langem bestehende Mißstimmung gegen Deutschland noch dadurch vermehrt worden, daß in den letzten Tagen im Gepäck eines nach Norwegen gesandten deutschen amtlichen Kuriers Sprengstoffe gefunden und beschlagnahmt worden sind. In einer nicht gerade klaren Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird gesagt, daß diese Sprengstoffe nicht zur Verwendung gegen Norwegen bestimmt gewesen seien.

In Spanien nimmt die Gärung im Lande und vor allem unter der arbeitenden Bevölkerung immer größeren Umfang an. Das beweist auch die vor einigen Tagen von der Regierung verfügte Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien, das heißt die Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Land.

Militärische Vertreter der Entente haben in Saint Jean de Maurienne eine Zusammenkunft gehabt, auf der nach Mitteilungen der Entente-Pressen über militärische Aktionen in Kleinasien verhandelt worden ist. Wie überhaupt die Aufstellung Kleinasien, mindestens aber die Rahmlegung der türkischen Herrschaft und des deutschen Einflusses in Kleinasien ein wichtiges Kriegsziel der Entente und vor allem Englands ist, das sich auf diese Weise seinen indischen und ägyptischen Besitz sichern will.

In England hat die Friedensströmung im Volke die Minister auf den Plan gebracht, die jetzt im Lande umherreisen und den Kriegswillen durch Reden wieder aufzuwecken wollen. So hat sich Lloyd George den Norden mit seiner besonders unruhigen Arbeiterbevölkerung zum Ziele genommen und dort mit demagogischem Geschick eine Anzahl Reden gehalten. Natürlich spielte bei ihm wie bei allen Staatsleitern „der endgültige Sieg“ das Leitmotiv der Reden, immerhin schlug er in bezug auf die Kriegsziele gedämpftere Töne an, als bisher aus seinem Munde kamen. So erläuterte er die Parole von der „Vernichtung des preußischen Militarismus“ dahin, daß eine Demokratisierung Deutschlands eine genügende Gewähr für diese Vernichtung bedeuten würde. Daneben verlangte er nachdrücklich eine Schadloshaltung des besiegten und verheerten Belgiens. — Appleton, der Generalsekretär der englischen Gewerkschaften, übrigens kein Sozialist, hat sich für die Auferlegung einer hohen Kriegsschädigung auf Deutschland ausgesprochen.

Auch in Frankreich sucht man mit Gewalt die immer stärker werdende Friedensbewegung zu ersticken. So hat der Minister Viviani einen Gesetzesentwurf eingebracht, der sich gegen die „ungehörige Friedenspropaganda“ wendet. Auch der Höchstkommandierende Pétain hat es für notwendig gehalten, die Friedenssehnsucht der „poilus“, der französischen Feldgrauen, durch allerlei militärische Siegesphrasen zu betäuben.

In Italien hat die Kammer zehn Tage lang hinter verschlossenen Türen getagt. Nach Abschluß dieser langen Geheimhaltung hat der Ministerpräsident Boselli allerlei nichtsagende Redensarten gemacht, von denen niemand befriedigt wurde. Soweit sich aus den dürftigen Pressemeldungen entnehmen läßt, hat die sozialistische Opposition der Regierung und den Durchhaltlern sehr zu schaffen gemacht.

In Griechenland hat Venizelos mit Hilfe der Ententeaktionen die Herrschaft über das ganze Land erlangt. Sein erster Schritt war dann auch, die diplomatischen Beziehungen mit den Mittelmächten abzubauen. Eine militärische Stärkung der Orientarmee des Generals Sarrail wird die Hineinzerrung des griechischen Heeres in den blutigen Reigen kaum bedeuten.

In Rußland dauern die Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen den bürgerlichen Elementen und den Sozialisten auf der einen Seite und zwischen den extrem-radikalen Bolschewicks und den vereinigten übrigen sozialistischen Gruppen auf der anderen Seite an. Die provisorische Regierung hat jetzt die Einberufung der Konstituante, das heißt des provisorischen

Parlamentes, das über die endgültige Verfassung des Reiches zu entscheiden hat, auf den 13. Oktober festgesetzt. Die Wahlen dazu sollen am 30. September stattfinden. — Die bürgerlichen Dumamitglieder weigern sich, dem Beschluß des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, die Duma aufzulösen, nachzukommen. — Der belgische Regierungssozialist Vandervelde hat auf dem Kongresse der Arbeiter- und Soldatenräte eine Gastrolle gegeben und sich theoretisch mit dessen Parole: Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen, einverstanden erklärt, in demselben Atemzuge aber gesagt, daß die belgischen Arbeiter aus der Sklaverei des Kaisers befreit werden müßten. Daß eine solche Forderung die Verlängerung des Krieges ins Endlose bedeuten würde und daß die Befreiung der belgischen Arbeiter auch auf anderem, unblutigem Wege durchgeführt werden kann, scheint diesem Regierungssozialisten nicht in den Kopf zu kommen.

Aus Nordamerika wurden vor einigen Tagen große Friedenskundgebungen aus Pittsburg, Baltimore und Philadelphia gemeldet. — Der amerikanische Legation, Herr Gompers, hat die Beteiligung am internationalen Gewerkschaftskongress in der Schweiz abgelehnt.

Aus China kam am 2. Juli die Kunde, daß die Militärpartei die republikanische Staatsform abgeschafft und den entthronten Mandschukaiser wieder auf den Thron gesetzt habe.

In der inneren Politik Deutschlands stehen wieder einige kritische Tage bevor. Am 5. Juli wird der Reichstag zusammentreten und 15 Milliarden Kriegskredite zu bewilligen haben, so daß damit rund 100 Milliarden dem Kriegsmoloch in den Rücken geworfen worden sind. Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser gelangt sind, werden sie schon über das Schicksal der neuen Milliardenvorlage unterrichtet sein. Sie werden dann auch wissen, wie die Regierungssozialisten die Feuerprobe auf ihre Stockholmer Deklarationen bestanden haben. Auch „die weithin sichtbare Tat“, die Herr Scheidemann von Regierung und Reichstag mit dem stolzen Kampfspruch: „Reich, schaffe Recht!“ verlangt, muß dann wenigstens einigermaßen in den Gesichtskreis der getreuen Untertanen gerückt sein. Für heute können wir nur der großen Dinge warten, die da kommen sollen.

Auch der Verfassungsausschuh des Reichstages hat am 3. Juli seinen Sommerurlaub unterbrochen. Wir werden ja sehen, ob sein Vorsitzender Scheidemann ihn zu der, zunächst rein platonischen, Tat aufrütteln kann, die so etwas wie eine Demokratisierung Deutschlands darstellt und die in erster Linie in der Forderung des freien, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für alle Bundesstaaten bestehen müßte. Jetzt, da diese Zeilen geschrieben werden müssen, können wir nicht beurteilen, ob die starken Worte Scheidemanns und seines Vorkämpfers, des „Vorwärts“, irgendwelche aufrüttelnde Wirkung haben werden. Nach all den bisherigen Erfahrungen mit der Regierung, den bürgerlichen Parteien und den Regierungssozialisten geben wir uns nicht den geringsten Illusionen hin. Wir würden es aber trotzdem mit Freuden begrüßen, wenn aus dem ganzen Gerede über Demokratisierung etwas Greifbares herauskäme. In Scheinmandern, die auf eine Täuschung des Auslandes und auf eine Veruhigung des deutschen Volkes hinauslaufen, werden wir aber keine „weithin sichtbare Tat“ erblicken. Ebenjowenig, wie wir uns durch unverbindliche Versprechungen und durch Ausschuhbeschlüsse, die Regierung und Bundesrat durch einen Federstrich über den Haufen werfen können, für befriedigt erklären, ebenjowenig nehmen wir die Drohung des Scheidemann-Sprachrohres ernst, daß sich zu dem stolzen Satz verstieg: „Wenn der Verfassungsausschuh versagt, wird das Interesse der Sozialdemokratie an seinen weiteren Exzessen — um vorsichtig auszudrücken — sehr gering sein.“ Die Angst vor dem „Ausgeschaltet werden“ ist bei den Scheidemannern viel zu groß, als daß sie auf ihre „positive“ Arbeit verzichten.

Zur Frage der neuen Milliardenkredite hat übrigens die F. R. schon vor einigen Tagen den Regierungssozialisten die Marschroute mit folgenden Worten vorgeschrieben:

„Dem Reichstage wird bei seinem Wiederauftritt am 5. Juli eine neue Kriegskreditsforderung von 15 Milliarden zugehen. Obwohl die Vertretung der deutschen Arbeiterklasse in der Ernährungsfrage, im Verfassungswesen und auch in der Behandlung der Kriegsziele tausend wichtige Gründe zur Unzufriedenheit mit der Regierung hat, wird die Tatsache, daß die Feinde bisher uns auch den Verständigungsfrieden weigern, trotz alledem wohl für die Haltung der Fraktion ausschlaggebend sein.“

Eine Anzahl konservativer Herren, darunter die Professoren Delbrück und Barmack, der Oberbürger-



weiser Dominanz und der in der letzten Zeit vielgenannte Herr Thimme haben sich in einer öffentlichen Erklärung für die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen ausgesprochen.

Aus offiziellen Meldungen des Wolffschen Telegraphenbureaus erfährt die breitere Öffentlichkeit in der letzten Woche einiges über größere Lebensmittel-Unruhen in Stettin, Düsseldorf, Kleinitz und Hindenburg, die umfangreiche Justizaktionen zur Folge hatten.

Vom Stande der deutschen Pressefreiheit am Ende des dritten Kriegsjahres zeugt folgende kurze Meldung der „Frankfurter Zeitung“:

„Aus Gründen, die sich, wie wir gestern schon meldeten, öffentlicher Bekanntheit entziehen, sehen wir uns veranlaßt, den politischen Teil bis auf weiteres ohne eigene Meinungsäußerung erscheinen zu lassen.“

Redaktion und Verlag der „Frankfurter Zeitung“

In der vergangenen Woche ist auch der regierungssozialistische Partiausschuß zusammengetreten und hat sich mit der Stockholmer Tätigkeit der Ebert, Scheidemann, David usw. einverstanden erklärt. Herr Scheidemann hat sich in seiner Rede eine Anzahl Angriffe auf die Unabhängigen geleistet, die beweisen, daß es mit seinen vielgerühmten Stockholmer Erfolgen nicht weit her ist. Ein Vorwurf, den er gegen die Opposition erhob, soll für die früher oder später kommende Abrechnung recht festgenagelt werden, der Vorwurf, an den Händen der Opposition ließe das Blut derer, die durch das angeblich kriegsverlängernde Treiben der — Opposition dem Völkerringen zum Opfer gefallen seien. Das Wort, Herr Scheidemann, soll Ihnen unvergessen sein. Glauben Sie nicht, daß Ihre Kriegstaten im Dunkel der Vergessenheit ruhen. Es ist alles sorgfältig verzeichnet, was Sie und Ihre Freunde als Durchhalteapostel geleistet haben. Bis dahin mögen Sie Ihr Schuldkonto noch ruhig weiter durch Ihre Schaumschlägereien, Beschimpfungen und Verleumdungen vergrößern.

Der Partiausschuß hat auch die Tagesordnung für den am 12. August in Würzburg stattfindenden Parteitag festgesetzt, auf die wir noch zurückkommen werden.

Die Berliner Organisation der Regierungsozialisten hat sich einen Vortrag über Stockholm ausgerechnet von Herrn Richard Fischer halten lassen. Wenn es je einen deutschen Sozialdemokraten gegeben hat, der bis in die letzte Zeit hinein von hochgradiger Kriegshysterie gepackt war, so ist es dieser Herr Richard Fischer. Wer sich seines, vor noch nicht Jahresfrist erfolgten Ausspruchs: „Die Franzosen können gar nicht genug Haue kriegen“, erinnert, muß ihn in der Pose eines Friedensapostels geradezu grotesk finden.

## Stockholm.

Die Vorverhandlungen mit dem skandinavisch-holländischen Komitee haben ihr Ende erreicht. Jetzt beginnen die Vorbereitungen für die eigentliche, vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat beschlossene Konferenz, der eine Tagung der Zimmerwalder Gruppen vorausgehen wird. In den letzten Tagen sind russische Bevollmächtigte in Stockholm eingetroffen, die die Vorbereitungen zur Konferenz zu treffen haben; einige von ihnen sollen auch nach London und Paris gehen, um die Teilnahme der englischen und französischen Sozialisten zu ermöglichen. Wie es hieß, soll die englische Regierung der Teilnahme Macdonalds und Jomets in der Konferenz nichts mehr in den Weg legen wollen und die rabiaten Seelen, die diesen Männern die Ausfahrt unmöglich machen wollten, zurückgepfiffen haben.

Die schwedischen Sozialisten haben dem skandinavisch-holländischen Komitee ein längeres Memorandum überreicht, in dem sie für einen selbständigen tschechischen Staat im Rahmen des föderativ ausgebauten Donaugamtreiches eintreten.

Eine bedeutsame Kundgebung in der Friedensfrage hat der Kongreß der russischen Arbeiter- und Soldatenräte erlassen. Es heißt darin:

„Der gegenwärtige Krieg ist infolge der imperialistischen Ziele entstanden, die in den leitenden Klassen aller Länder herrschen, die danach streben, sich neue Märkte anzueignen und die kleinen und rückständigen Länder ihrem wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu unterwerfen. Dieser Krieg führt zur völligen Erschöpfung aller Länder und Völker und bringt die russische Revolution an den Rand des Abgrundes. Er kostet Millionen von Opfern, verschlingt Milliarden der Hitzquellen des Volkes und droht die als Erbe von dem alten Regime hinterlassene Unordnung noch weiter zu stärken. Er führt zur Hungersnot und hält das Land von der Arbeit für die Festigung der gewonnenen Freiheit ab.“

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands ist der Ansicht, daß der Kampf für die schnellste Beendigung des Krieges daher die wichtigste Aufgabe der revolutionären Demokratie darstellt, eine Aufgabe, die sowohl durch die Interessen der Revolution als auch durch das Ziel der Arbeiter aller Länder gefordert wird, der gegenseitigen Vernichtung ein Ende zu machen und eine brüderliche Vereinigung

zum gemeinsamen Kampf der Befreiung der Menschheit wieder herzustellen.

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands ist der Ansicht, 1., daß die Beendigung des Krieges durch die Niederlage der kriegsführenden Parteien den Ausgangspunkt für neue Kriege bilden, die feindseligen Gefühle unter den Völkern stärken und sie zu völliger Erschöpfung, Hungersnot und Untergang führen werde; zweitens, daß ein Sonderfriede eine der kriegsführenden Parteien stärken und ihr die Möglichkeit geben würde, einen entscheidenden Sieg über die andere Partei davonzutragen, wodurch die usurpatorischen Ziele der leitenden Klassen gestärkt und die zwischenstaatliche Vereinigung der Arbeiter verhindert würde. Daher weist der Kongreß unter allen Umständen jede Politik, die tatsächlich auf den Abschluß eines Sonderfriedens oder als Vorspiel dazu, eines Sonderwaffenstillstands, abzielt, zurück. Da die Beendigung des Krieges nur durch Vereintigung der Anstrengung aller Demokraten aller Länder möglich ist, hält der Kongreß es für unerlässlich, erstens, daß die revolutionären russischen Demokraten durch Vermittlung ihres Organs, nämlich des Rats der Soldaten, Arbeiter- und Bauernvertreter ganz Rußlands, einen Aufruf an die Demokraten aller Mächte richten, damit diese den Wahlspruch, Frieden ohne Annexionen und Entschädigung auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker annehmen und in diesem Sinne ihre Mächte beeinflussen, zweitens, daß sie zu allen Maßnahmen zur schnellsten Wiederherstellung der strengsten Internationalität und zur Einberufung eines internationalen Sozialistenkongresses beitragen, um den internationalen Zusammenschluß der Arbeiter wieder herzustellen und endgültige Friedensbedingungen und die ihre Durchführung ermöglichenden Maßnahmen auszuarbeiten; drittens, daß sie die Aufmerksamkeit der Demokraten aller kriegsführenden Länder darauf lenken, daß ein Mangel an kräftiger Entschiedenheit in ihrem Einspruch gegen die letzten Erklärungen ihrer Regierungen über die usurpatorischen Kriegsziele, die russische Revolution in eine sehr schwierige Lage bringt, und die durchaus notwendige Vereinigung aller Arbeiter verhindert.

Um alle diese Fragen zu lösen, ist es unerlässlich, sofort Abordnungen an die alliierten und neutralen Länder zu schicken und Abordnungen aller sozialistischen Parteien dieser Länder nach Rußland einzuladen. Der Kongreß erhebt bestimmte Einsprüche gegen die Schwierigkeiten, die die imperialistischen Regierungen der Entsendung solcher Abordnungen entgegenstellen.

Angesichts dessen, daß die vorläufige revolutionäre Regierung dieses Programm als Weg ihrer internationalen Politik angenommen hat, ist es unerlässlich, daß die Regierung baldmöglichst alle Maßregeln ergreift, die in ihrer Macht liegen, um die Rußland alliierten Mächte für dieses Programm zu gewinnen. Der Kongreß hält es für unerlässlich, daß die Regierung schon von jetzt an alle Maßnahmen ergreift, um eine Überprüfung der Verträge mit den alliierten Regierungen und einen ausdrücklichen Verzicht auf jede usurpatorische Politik zu beschleunigen. Um die von der Demokratie vorgeschickte äußere Politik mit Erfolg ins Werk setzen zu können, ist eine schnelle Erneuerung des Personals des Ministeriums des Äußeren sowie des diplomatischen Korps mittels dieser Demokratie notwendig.

Der Kongreß erklärt, daß, solange der Friede nicht durch Anstrengungen der internationalen Demokratie beschleunigt werden wird, die revolutionäre russische Demokratie mit allen Mitteln zur Verstärkung der Kampfkraft der russischen Armee beitragen muß und daß ihre Defensivkraft ihrer Offensivkraft entspricht. Denn ein Durchbruch der russischen Front würde die Niederlage der russischen Revolution und ein verhängnisvoller Schlag für die Sache der ganzen internationalen Demokratie sein. Insbesondere ist der Kongreß der Ansicht, daß die Frage der Offensive ausschließlich vom Standpunkte rein militärischer und strategischer Erwägungen gelöst werden muß.

## Die Vertreter der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

haben ihre Vorbesprechung mit dem holländisch-skandinavischen Komitee beendet und sind wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Sie haben gleichfalls ein Memorandum ausgearbeitet, über dessen Inhalt uns zur Zeit, in der diese Zeilen in Druck gehen müssen, eine authentische Mitteilung nicht vorliegt. Wir wollen daher unseren Lesern in dieser Nummer zur Kenntnis bringen, was der Stockholmer Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ am 30. Juni seinem Blatt über die Verhandlungen mit den deutschen Unabhängigen meldete. Es heißt da:

„Über die bisherige Tätigkeit der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands in Stockholm ist dem holländisch-skandinavischen Komitee von dieser Delegation ein Bericht mitgeteilt worden, dem eine Denkschrift folgen soll. Die Delegation hatte Unterhaltungen mit russischen Genossen verschiedener Richtungen über die schwebenden internationalen Fragen, die fortgesetzt werden sollen, sobald noch andere angemeldete Genossen aus Rußland ankommen. Die Delegation hat ferner mit dem Komitee der Zimmerwalder in mehreren Besprechungen die Voraussetzungen einer Vorkonferenz dieser Organisation vor der vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufenen allgemeinen Konferenz sowie verschiedene Fragen der Friedenspolitik erörtert. Vor dem holländisch-skandinavischen Komitee entwickelten die Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ihre Auffassung über die Friedensarbeit. Haase, Bernstein und Kautsky hielten längere Referate über diesen Gegenstand. Herzfeld, Doser, Stadthagen und Wengels ergänzten ihre Ausführungen.“

Haase gab einen geschichtlichen Überblick über die Tätigkeit, die die Opposition in der deutschen Sozialdemokratie vom Beginn des Krieges an für den Frieden entwickelte, und zeigte an der Hand des Urkundenmaterials, wie die Opposition von Anfang an für diejenigen Forderungen gekämpft, die jetzt allgemein aufgestellt werden, nämlich für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts. Er legte ferner im einzelnen dar, daß die Opposition die Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes fortgesetzt zu einer unzweideutigen und entschiedenen Stellungnahme in dieser Richtung zu drängen gesucht habe, und daß sie, weil diese Bemühungen auf hartnäckigen Widerstand stießen, im Gesamtinteresse des Proletariats und zur Förderung des Weltfriedens genötigt gewesen seien, die Fraktionsdisziplin zu durchbrechen, unbekümmert um die Maßregelungen und Verfolgungen durch die Fraktionsmehrheit und den Parteivorstand. Er wies nach, daß hier nicht Mißverständnisse vorlägen, sondern tiefgehende Gegensätze in Grundanschauungen. Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sei die Friedensformel des Arbeiter- und Soldatenrates der Ausdruck ihrer eigenen konsequent vertretenen Grundsätze, für die anderen nur die opportunistische Anpassung an die augenblickliche Situation.

Bernstein sprach im Anschluß an diese Ausführungen hauptsächlich darüber, ob die Schuldfrage von den Verhandlungen der allgemeinen Konferenz ganz ausgeschlossen werden könnte. Die völlige Ausschaltung dieser Frage werde schon deshalb nicht möglich sein, weil Vertreter mehrerer Länder ihre Behandlung forderten und die Ablehnung wahrscheinlich als Parteilichkeit betrachtet würden. Auch würde man den Kampf für den Frieden und für ein den Grundsätzen demokratischer Gerechtigkeit entsprechendes Friedensprogramm nicht in zweckmäßiger Weise führen können, wenn man nicht Klarheit über den Charakter des Krieges und den Anteil der einzelnen Regierungen an ihm gewonnen habe. Das könnte im einzelnen an der Hand der von den Regierungen selbst veröffentlichten Kriegsdokumente geschehen. Auch werde der Friedenssache dadurch ein Dienst geleistet, wenn auf der allgemeinen Konferenz die Genossen aus den kriegsführenden Staaten ihre eigene Meinung über diese Streitfragen äußern würden. Die Haupthindernisse der Einigung über eine kraftvolle Aktion für den Frieden seien Meinungsverschiedenheiten über die Verantwortung am Ausbruch des Krieges und Zweideutigkeiten in den Friedensprogrammen. Diese müßten vor allen Dingen beseitigt werden.

Kautsky behandelte das Friedensprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Er legte dar, daß heute wohl die Sozialisten der sogenannten Mehrheit Deutschlands anscheinend dasselbe Friedensprogramm hätten wie die unabhängigen Sozialdemokraten, da sie wie die anderen einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen fordern, daß die Übereinstimmung aber bloß im Gebrauch gleicher Worte bestehe, denen jeder Teil einen anderen Sinn beilege. Er zeigte an der Hand der Zeitungsberichte über die Kriegsziele, die von der Fraktion im August 1915 beschlossen wurden und auf Grund der jüngsten in Stockholm verfaßten Denkschrift der deutschen Mehrheitssozialisten, daß deren Auffassung nicht auf den Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie beruhe, sondern daß sie erfüllt seien vom Geiste nationaler Machtpolitik und militärischer Denkweise, die ihre Haltung zu einzelnen Problemen von der Kriegslage abhängig macht. Er suchte das im einzelnen aus den Sätzen über Oesterreich und Polen, sowie Elsass-Lothringen nachzuweisen. Schließlich wiederholte Kautsky, was auch sämtliche Redner vor ihm in gleichem Sinne nachdrücklich betont hatten, daß die geplante Konferenz, wenn sie für den Frieden wirken wolle, ihre Aufgabe nicht in der Ausarbeitung eines platonischen Friedensprogramms erblicken dürfe und daß die Konferenz bedeutungslos bleiben würde, wenn sie nicht den Anstoß zum allseitigen energischen Kampf für die Durchsetzung des sozialdemokratischen Friedensprogramms gebe und die Teile des internationalen Proletariats zusammenfasse, die bereit sind, diesen Kampf tatkräftig aufzunehmen. Darin sehen die unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands die Hauptaufgabe der internationalen Konferenz.

## Ein Gruß an Klara Zetkin

zu ihrem sechzigsten Geburtstag am 5. Juli 1917.  
Von Tony Breitfeld.

„Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat sich den Ruhm verdient, prinzipienfest zu sein.“ — „Was wir im Parteivorstand als das erfreulichste Moment in der Frauenbewegung ansehen, ist die prinzipielle Festigkeit, die gerade unter den organisierten Frauen herrscht und die deutlich zeigt, daß sie durchdrungen sind von der Überzeugung, daß das letzte Ziel, die Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft, die Hauptaufgabe ihrer Organisation ist.“

Zwei Urteile über die proletarische Frauenbewegung, auf die sie stolz sein kann. Das erste aus der Wobbacher Kampfschrift von J. Joos „Die sozialdemokratische Frauenbewegung“, das zweite aus einer Ansprache Paul Singers auf der Nürnberger Frauenkonferenz 1908. Beide fügen sich auf die Arbeit der sozialdemokratischen Frauen vor dem Kriege, und J. Joos fügt hinzu: „Der sozialdemokratischen Frauenbewegung solchen Geist aufgeprägt zu haben, kann man ruhig das Lebenswerk Klara Zetkins nennen, der anerkannten Führerin seit 1890.“

In das Lob der vom katholischen Volksverein herausgegebenen kleinen Broschüre mischt sich leiser



**Tadel.** Ihr sagt die aufreizende Leidenschaftlichkeit, die rücksichtslose, weder Freund noch Feind schonende Kampfesweise nicht zu. Wir freuen uns ihrer und sind stolz darauf, daß die Führerin der sozialdemokratischen Frauenbewegung nicht gelernt hat, sich zu beugen, daß ihr Wahrheit über Freundschaft geht, daß sie die Rücksichtslosigkeit besitzt, die nötig ist im Kampf gegen die Opportunistenpolitiker in der eigenen Partei so gut wie gegen den reaktionären Willen anderer Gruppen. Die unerschütterliche Festigkeit gegenüber allen Versuchungen, durch Konzessionen minderwertige Vorteile für die Arbeiterinnen zu erlangen, das ist die Stärke Klara Zetkins, und ihr verdanken wir es, daß bis jetzt noch niemand wagen durfte, die sozialistische Frauenbewegung in Deutschland in einen Gegenatz zu den Sozialistinnen der anderen Länder zu bringen. Durch die „Gleichheit“, wie sie bis in die ersten Tage des Juni 1917 hinein war, sind die deutschen Genossinnen in dem Geist des Sozialismus, des Internationalismus erzogen worden. Klara Zetkin ist nicht müde geworden, den Frauen klar zu machen, warum sie ihr Heil nur im Sozialismus finden können. Aber sie hat sich nicht damit begnügt, die Theorie aufzustellen und zu verteidigen, sie hat sie an der Hand der politischen Ereignisse und der Vorgänge im Wirtschaftsleben bewiesen, immer und immer wieder Vergleiche angeführt und so in den Frauen das Bewußtsein gefestigt, daß der Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus, der Kampf für den Sozialismus eine der wichtigsten Aufgaben für jede Frau ist, die nicht das bequeme Dasein der reichen Dame führt, die in irgendeiner Weise abhängig ist vom Kapital, sei es durch eigene Fronarbeit, sei es durch die ihres Mannes oder ihrer Kinder.

Durch alle die Jahre hindurch war Klara Zetkin rastlos tätig an dieser Erziehungsarbeit der deutschen Sozialdemokratinnen. Sie gewöhnte die Frauen daran, sich auch mit den Fragen der großen Politik zu beschäftigen, und so sehr sie auf ihre direkten Nöte einging und die sogenannten Gegenwartsforderungen der Arbeiterinnen vertrat, so veräumelte sie doch nie, ihnen die Zusammenhänge mit der allgemeinen Politik zu zeigen und die Wege aufzuweisen, auf denen man die tieferen Ursachen der täglichen Not bekämpfen kann und muß.

Mit Vergnügen liest man noch heute das Referat über „Die Frauen und die Reichstagswahlen“ von der letzten Frauenkonferenz in Jena, das einen lebendigen Ueberblick über die Parteigruppierungen und Forderungen jener Zeit gab und das jeder Frau, die sich aktiv an dem Kampf beteiligen wollte, unüberwindliche Waffen schenkte. Wollten wir all das aufzählen, was die proletarischen Frauen — und nicht sie allein, sondern die gesamte Frauenwelt — Klara Zetkin zu verdanken haben, wir müßten Seite um Seite füllen. Wir wollen heute nur eine der vornehmsten Leistungen unserer Genossin noch hervorheben, die eine besondere Würdigung verdient: ihre Arbeit als Sekretärin der internationalen sozialistischen Frauenbewegung, die es ermöglicht hat, daß die Beziehungen der Sozialdemokratinnen aller Länder die gleichen geblieben sind wie vor dem Kriege, daß kein Mißton, keinerlei Haß oder auch nur feindliches Gefühl aufkommen konnte. Ueber alle Parteistreitigkeiten, über die großen Auseinandersetzungen der Parteimehrheiten und Minderheiten hinweg blieben sich die Frauen eng verbunden in ihrem Friedenswillen, in dem Bewußtsein, daß die Aufgabe der Frauen aller Länder nur die sein kann, den Friedenswillen der Völker zu pflegen und eine Verständigung zwischen ihnen herbeizuführen.

Das ist nicht zuletzt das Verdienst Klara Zetkins, die ihnen die Augen öffnete und sie zwang, die Dinge zu sehen, nicht wie sie ihnen von der bürgerlichen Presse vorgegaukelt wurden, sondern wie sie in Wirklichkeit waren. Die internationale Solidarität der Frauen ging gefestigt aus der Krise hervor. Im März 1915 trafen sich bereits Vertreterinnen der Sozialistinnen Englands, Deutschlands, Frankreichs, Russlands, Polens, Hollands, Italiens und der Schweiz in einer von Klara Zetkin organisierten Konferenz in Bern, auf der die vollkommene Uebereinstimmung der Frauen aller Länder in bezug auf die internationale Friedensaktion der sozialistischen Frauen zu Tage trat. Wenn sie ihr Ziel nicht erreicht haben, so liegt das nicht an dem mangelnden Willen dieser Frauen, es liegt in der Behinderung ihrer Tätigkeit durch Faktoren, die mächtiger sind als sie, es liegt zu einem großen Teil an den politischen Fehlern der offiziellen Parteien, die sich nicht durch die Stimme der Vernunft beeinflussen ließen.

„Klara Zetkin ist das Gewissen der Partei“, sagte vor dem Kriege einmal einer der Führer der jetzigen Regierungsozialisten. Damit hatte er Recht. Klara Zetkin ist auch im Kriege die beständige Mahnerin gewesen. Sie hat gegen die Politik der Partei gekämpft, weil sie sah, in welchem Abgrund sie führte. Eine Schmach für die, die nicht auf das „Gewissen der Partei“ hören wollten. Sie konnten die Stimme nicht erfinden, da entzogen sie ihr die Plattform, von der wir alle gewohnt waren, sie reden zu hören. Aber eine Klara Zetkin läßt sich nicht zum Schweigen verurteilen. Was sie den deutschen und den internationalen Genossinnen zu sagen hat, wird sie sagen, und wir werden auf ihre Stimme hören und ihr folgen in dem Vertrauen, das in dieser Kriegszeit erprobt ist wie in den Jahren des Friedens.

Das soll unser Dank sein für die unermüdete Arbeit unserer Genossin, den wir verbinden mit unseren heißesten Wünschen, heute an ihrem sechzigsten Geburtstag. Wir werden alle an diesem Tage unserer Kampfgenossin und Führerin gedenken und wir wünschen ihr und noch mehr uns, daß sie bald wieder durch ein neues Organ zu uns reden und durch ihre Lehre unseren Mut und Willen zum Kampf anfeuern und stärken kann.

### Aus den Organisationen.

**2. Wahlkreis.** Sonntag, den 15. Juli: Ausflug des Lesevereins Westend nach Schlachtensee. Treffpunkt an der Uhr des Bahnhofs Groß-Gröschelstraße pünktlich 2 Uhr nachmittags. Die anderen Lesevereine des 2. Wahlkreises sind zur Teilnahme freundlichst eingeladen.  
J. A.: R. Burm.

**3. Wahlkreis.** Am nächsten Sonntag, den 8. Juli, findet ein Familienausflug nach dem Restaurant Sanssouci, 5 Minuten von Pferdebusch entfernt, statt. Die Teilnehmer fahren morgens 9 Uhr vom Schlesischen Bahnhof bis Sadowa, von wo aus sie von einigen Genossen bis ins Lokal geführt werden.

Rege Beteiligung, auch von Gästen, wird erwartet. Für Nachzügler Zusammentreffen im Lokal.

**Der Vorstand.**

Vor einiger Zeit starb eine unserer tüchtigsten Genossinnen, Frau **Emilie Sinz**.

Der Kreis erleidet durch den Tod der allezeit im Stillen tätigen Genossin einen herben Verlust. Sie gehörte zu denjenigen, die ohne viel Worte zu machen, in emsigster, langjähriger Kleinarbeit für unseren Verein und seine Prinzipien gewirkt haben und geholfen, ihm ein festes Fundament zu geben. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

**Neukölln.** Familienausflug am Sonntag, den 15. Juli, nach Neptunshain. Verbindung Stadtbahn Treptow mit dem Spindlersfelderzug nach Obersee. Treffpunkt für Frühteilnehmer 9 Uhr; für Nachzügler nachmittags 1 1/2 Uhr Neptunshain. Nach gemeinsamem Kaffeetrinken 4 1/2 Uhr Rückfahrt. Um rege Beteiligung ersucht.

**Der Vorstand.**

**Tempelhof.** Gemeinsamer Zahlabend für alle neun Bezirke bei Reimers, Ordensmeisterstr. 57.

**Steglitz.** Der gemeinsame Zahlabend findet Mittwoch, den 12. Juli, abends 8 Uhr, bei Schellhase, Ahornstraße, statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist in dieser bewegten Zeit ganz besonders notwendig.

**Nowawes.** Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Nowawes (N. S. P. D.) findet am Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale von Singer, Priesterstr. 81, statt. Auf der Tagesordnung ist ein Vortrag des Genossen Emil Eichhorn, Berlin, über die bisherigen Verhandlungen der Konferenz in Stockholm vorgesehen. Auch werden die Berichte von der Kreisgeneralversammlung des Zentralwahlvereins unseres Kreises und von der Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlins entgegen genommen. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen wird ersucht, für einen guten Besuch Sorge zu tragen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen. Auch erfolgt die Aufnahme neuer Mitglieder.

**Achtung! Mitglieder der N. S. P. D. Kreis Teltow · Beeskow · Storkow · Charlottenburg.**  
Zahlt Eure Beiträge nur an die Kassierer und Zahlstellen der Opposition. Achtet auf Legitimationskarten und Bezirkslokal-Plakate. **Verhindert durch Eure Wachsamkeit, daß die Durchhalter Eure Groschen erschleichen.** Besonders die **Neuköllner Genossen** und Genossinnen seien aufmerksam gemacht. **Genossen, die aus dem Felde zurückgekehrt, versäumen nicht sich umgehend bei ihrem Wahlverein wieder anzumelden.**  
**Der Kreisvorstand.**

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.**  
Leser der Bibliothek, die ihre Bücher abgeben wollen, können dies Donnerstag abends von 7 Uhr an tun. Die Bibliothek befindet sich jetzt **Schäferstr. 5, Hof 2 Trp.**

**Quittung.**  
4. Kreis. Für den Pressefonds: Liste 1181

5.—, 1182 2.—, 1183 7,40, 1184 3.—, 1294 11,15, 1295 5.—, 1305 13.—, 1404 2,25, 1406 5,10, 1427 4,10, 1429 4,70, 1430 2,20, 1491 9.—, 1492 5.—, 1578 8,50, 1580 6.—, 1631 2,75, 1648 u. 1649 Kollegen der Firma Max Bernhardt & Co. 28,85, 1831 6,50, 1835 5.—, 1836 4,05, 1951 6.—, 1954 20.—, 1955 11.—, 2101 8,20, 2181 3,05, 2182 6,80, 2185 13.—, 2191 5.—, 2193 4,25, 2203 23,95, 2204 6,85, 2308 7.—, 2366 30.—, 2642 14,95, 2649 1.—, 2650 6,15, 2728 1.—, 2729 5,50, 2735 26.—, 2790 18,80, 2792 5,50, 2821 33.—, 2824 7.—, 2827 5.—, 2922 20.—, 2924 18,50, 2925 4,25, N. 8,45. Summa 496,10 Mk. Bereits quittiert 5895,05 Mk. Summa 6391,15 Mk.

**Für die Partei:** F. S. Feldgrau 5.—, 5.—, 1.—, 2.—, 1.—, 1,90, 1.—, 3.—, 2.—, 1.—, 5.—, E. P. durch A. S. für Süßigkeiten 2.— Mk.

**4. Kreis.** Abgeliefert für Sitzungsgelder, auf die die Funktionäre verzichtet haben, für Mai 240 Mk., für Juni 240 Mk. Für „Neue Zeit“ von den Funktionären im Mai 85 Mk., im Juni 83 Mk.

Ein Feldgrauer für den Pressefonds 20 Mk. Ein Feldgrauer für den Unterstützungsfonds 10 Mk.

**„Männer- und Frauen-Chor Ost“ N. d. D. A. S. B. Nachruf!**  
In den letzten Kämpfen fiel unser ehemaliger Vorsitzender, Sangesbruder **Richard Glaene**.  
Wieder hat der Krieg einen der Besten aus unseren Reihen gerissen. Der Verstorbene hat sich durch stetes Streben nach unseren Zielen, sowie durch seine liebenswerten persönlichen Eigenschaften ein bleibendes Andenken im Verein gesichert.  
**„Männer- und Frauen-Chor Ost“ Der Vorstand.**

**Nachruf!**  
Allen Genossen und Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Freund, der Werkzeugmacher **Paul Feltsch** am Freitag, den 29. Juni 1917, plötzlich gestorben ist. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen guten Freund, welcher jederzeit uns mit Rat und Tat zur Seite gestanden und uns in den verschiedenen Kommissionen vertreten hat. Wir werden ihm ein dankendes Andenken bewahren.  
**Die Kollegen der Mechanischen Werkstatt „Auer-Gesellschaft“.**

**Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!**  
**2. Wahlkreis.**  
Nach langem Krankenlager starb am 21. d. M. im Lazarett im Alter von 38 Jahren unser Mitglied, der Kellermeister **Max Langnese**  
Großgröschelstr. 42, Abt. 1, Bez. 66.  
**4. Wahlkreis.**  
Am 30. Juni verstarb im Alter von 42 Jahren infolge des Krieges der Arbeiter **Ernst Strauß**  
Ratiborstr. 16, Bezirk 208 III.  
**6. Wahlkreis.**  
Am 20. Juni verstarb im Kriegslazarett unser Genosse, der 38 Jahre alte Zimmermann **Wilhelm Becher**  
Antwerpenerstr. 43, 21. Abt., Bez. 764.  
**Ehre ihrem Andenken!**

**Nachruf.**  
**2. Wahlkreis.**  
Am 10. d. Mts. starb unser Genosse **Georg Göhr**  
Schönebergerstr. 9/10, Abt. 3, Bez. 71.  
**4. Wahlkreis.**  
Am 28. Juni verstarb bei einem Unglücksfall im Alter von 42 Jahren der Arbeiter **Friedrich Gillgash**  
Reichenbergerstr. 115a, Bezirk 202.  
**6. Wahlkreis.**  
Am 30. Juni verstarb unser Mitglied, die Genossin **Lina Farr**  
Pringen-Allee 27, Bezirk 821, 18. Abt.  
**Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Lichtenberg.**  
Am 22. Juni verstarb im Alter von 80 Jahren unsere Genossin **Martha Uhlig**  
Borghagener Chaussee 8, 1. Viertel, Gruppe 12.  
**Ehre ihrem Andenken!**

**Unabhängiger sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises.**  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Montag, den 9. Juli 1917, abends 8 1/2 Uhr, in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstraße 21.  
**Tagesordnung:** 1. „Unsere politische Situation.“ Referent: Landtagsabgeordneter Genosse **Adolf Hoffmann**. 2. Diskussion.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.  
**Paul Hoffmann, Gubenerstr. 5.**



## Die alldeutsche Presse.

Fieberhaft arbeiten die Alldeutschen. Ihre Druckerzeugnisse, die sie in die Welt hinausfenden, sind ungezählt. Sie können das Geld haben die Leute und der Verbreitung ihrer Druckerzeugnisse stehen Hindernisse nicht im Wege. Was die Hauptsache aber ist, die Presse, so sind sie eifrig am Werke, sich eine weitverbreitete Presse zu schaffen. In Berlin haben sie die Norddeutsche Verlags- und Treuhändergesellschaft m. b. H. ins Leben gerufen mit einem Kapital von 1/2 Millionen. Ihr Hauptorgan ist die „Deutsche Zeitung“, die weiter ausgebaut werden soll. In einem Rundschreiben an die Gesellschafter tritt der Vorsitzende des Bundes, Herr Rechtsanwalt Glah, für eine Erhöhung des Kapitals auf 7 Millionen Mark ein und begründet dieses Ziel wie folgt:

Wir können mit Befriedigung feststellen, daß das führende Organ unserer Gesellschaft, eine Zeitung mit einer Vorbereitungszeit von knapp zwei Wochen zu übernehmen, gelungen ist. Wir sind uns, als die strengsten Richter unserer Zeitung, darüber klar, daß eine Fülle von Mängeln und Schwächen zu beseitigen ist. „Kommt nicht an einem Tag erbaut worden“, heißt es auch hier; aber wir sind nach wie vor überzeugt, daß wir die „Deutsche Zeitung“ zu dem machen, was unserem Hochziele entspricht. Unsere Gesellschaft hat planmäßig die Stärkung der völkischen Presse in den verschiedenen Teilen des Reiches ins Auge gefaßt und sie kann sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Hierfür ist von vornherein eine Erhöhung des Stammkapitals auf sieben Millionen Mark vorgesehen gewesen, und nun schreitet die Gesellschaft dazu, diese Verstärkung ihrer Mittel durchzuführen. Damit ganz klar wird, wie dies gedacht ist, sei gesagt, daß der Ausbau der „Deutschen Zeitung“ nach dem Kriege die Anschaffung einer eigenen Druckerei, Verankerung des Umfangs, Vergrößerung des Personals, Schaffung von Vertretungen usw. verlangt — alles Dinge, die unabwendbar sind, wenn die „Deutsche Zeitung“ wirklich ein führendes Blatt werden soll, und die natürlich nur unternommen werden können, wenn die geldliche Grundlage gesichert ist; zum anderen liegt es im Plane der Gesellschaft, die völkisch zuverlässige Provinzpresse so leistungsfähig zu machen, daß sie den örtlichen zersetzenden oder gleichgültigen Zeitungen Widerpart halten kann — ein Unternehmen von größter und dringender Bedeutung, das selbstverständlich ohne hinreichende Mittel nicht in Angriff genommen werden kann.

Diese beiden, von vornherein ins Auge gefaßten Zwecke verlangen und rechtfertigen die Kapitalerhöhung; hierbei mitzuhelfen, rufe ich jetzt die Gesamtheit der Gesinnungsgenossen auf und hoffe heute in noch höherem Grade Gehör zu finden, wie am Ende des vorigen Jahres bei meiner ersten Bitte. Denn alles, was ich damals zur Begründung dieses Vorgehens angeführt habe, hat sich bestätigt, ist verschärft, verschlimmert worden: die Schwäche der Regierung, die Annahme der sozialistischen Führer, die steigende innere Haltlosigkeit und Verwirrung, das Drängen der rein händlerisch-geldmäßig gerichteten Kreise auf schnellen Frieden um jeden Preis — alle diese Erscheinungen reden eine deutliche Sprache und verlangen von den Unabhängigen im Lande, daß sie sich aufrufen zum notwendigen entschlossenen Auftreten, das das wahre Gebot der Stunde ist. Ohne eigene Presse ist dies aber nicht möglich. Deshalb gilt es, unserer Bewegung die eigene, unabhängige, leistungsfähige Presse zu schaffen.

Warum wir diesen Aufruf hierherlegen? Einfach deshalb, um zu zeigen, daß während des Krieges die Alldeutschen sich Zeitungen verschaffen und in ihrem Sinne umgestalten. Dagegen haben wir nichts. Verlangen müssen wir aber, daß uns recht ist, was andern erlaubt ist.

Und dann die Sammlung für den Pressefonds. Ein solcher Fonds ist sehr nötig. Auch wir bedürfen dessen. Wohl können unsere Parteifreunde nicht Millionen aus ihren Mitteln hergeben, aber sie können durch ihre Masse gleichfalls erhebliche Geldmittel bereit stellen. Und das ist sehr nötig.

## In Fürsorgeerziehung wegen sozialistischer Gesinnung.

### Ein Beitrag zur Neuorientierung.

Wir haben es herrlich weit gebracht in Preußen. Das geht aus einer Darstellung hervor, die dem Berliner Tageblatt aus juristischen Kreisen zugeht und die ihrer Bedeutung wegen verdient, weiten Kreisen zugänglich gemacht zu werden. Die Darstellung lautet:

Bisher war es allgemein üblich, daß eine ehrliche politische Ueberzeugung auch von Andersdenkenden geachtet wurde und daß sie nicht den Grund zu einer sittlichen Brandmarke bilden konnte. Das Kammergericht hat sich aber in einem grundlegenden Beschlusse gegen diesen Satz gewendet. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

Der minderjährige Arbeiter L. hatte sich in seinen politischen Anschauungen dem linken Flügel der sozialistischen Partei angeschlossen. Er hat sich nicht damit begnügt, seine eigenen politischen Kenntnisse weiter auszubauen, sondern suchte unter seinen Altersgenossen Anhänger für seine Sache zu werben. In diesem Zwecke gründete er einen Jugendbildungsverein, in dem nach der Feststellung des Landgerichts Elberfeld teils gelehrt wurde, teils politische Dinge erörtert wurden. So wurden unter anderem einzelne Kapitel aus dem Buche von Gradnauer „Verfassungswesen und Verfassungskämpfe in Deutschland“ vorgelesen und erörtert. Auch sozialistische Zeitschriften, darunter auch Jugendzeitschriften, gelangten zur Verteilung. Da die Versammlungen dieses von dem jungen L. gegründeten Bildungsvereins entgegen der Verordnung des kommandierenden Generals in Münster bei der zuständigen Ortsbehörde nicht ange-

meldet und genehmigt worden waren, wurde L. von dem Schöffengericht zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. In einem zweiten gegen L. anhängig gemachten Strafverfahren wegen Teilnahme an einer anderen unerlaubten Versammlung wurden sowohl L. wie auch die anderen Mitangeklagten vom Schöffengericht und in der Berufungsinstanz vom Landgericht freigesprochen. Schließlich ist L. noch zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er sich unter eine Menge gemischt hatte, die nicht etwa aus politischen Gründen, sondern zum Zwecke der Verbesserung der Ernährungsverhältnisse, vor dem Rathause demonstrierte. Für diese letztere Strafe ist mit Rücksicht auf die bisherige gute Führung des L. Strafausschub mit Aussicht auf spätere völligen Erlass der Strafe bewilligt worden.

Auf Grund dieser Tatsachen wurde gegen den jungen L. das Fürsorgeerziehungsverfahren eingeleitet. Als der junge L. hiervon Kenntnis bekam, suchte er sich seiner fürsorgenden Hand durch die Flucht zu entziehen. Dies sollte ihm noch mehr zum Verderben gereichen. Das Vormundschaftsgericht in Barmen erkannte durch Beschluß vom 11. März auf vorläufige Unterbringung des L. zur Fürsorgeerziehung. Als Grund wird in erster Linie seine politische Ueberzeugung angegeben. Gegen diesen Beschluß des Amtergerichts hat der Vater des jungen L. sofort Beschwerde an das Landgericht eingelegt. Und dieses war so vernünftig, den Beschluß des Vormundschaftsgerichts aufzuheben. Es verkennt zwar nicht die radikalen politischen Anschauungen des jungen L., kommt aber zu dem Ergebnis, daß deshalb die Fürsorgeerziehung nicht angeordnet werden dürfe. Es heißt in dem Beschlusse wörtlich:

Das (nämlich die politische Anschauung des jungen L.) ist tief beklagenswert, kann aber nicht zur Verbannung der Fürsorgeerziehung führen. Sowohl nach . . . F. G. B. ist diese nur zulässig, wenn eine Verwahrlosung oder sittliche Verderbnis des Minderjährigen verhindert werden soll. Ueberspannte oder selbst gemeinlich politische Gesinnung und ihre Betätigung sind aber nicht als sittliche Mängel anzusehen, sofern nicht in Verbindung damit Handlungen betätigt werden, welche für sich allein betrachtet darauf hindeuten.

Diese Voraussetzung verneint das Landgericht. Ebenso ist es der Ansicht, daß der Fluchtversuch des jungen L. vor der drohenden Fürsorgeerziehung nicht auf einen sittlichen Mangel schließen lasse. Schließlich meint das Landgericht noch:

„Dazu kommt, daß die Fürsorgeerziehung nur dann zu verhängen ist, wenn sie voraussichtlich Erfolg haben wird. Durch einschneidende Zwangsmaßnahmen, die ihm für das ganze Leben einen Makel geben, würde der Minderjährige aber um so verbitterter und gesellschaftsfeindlicher werden.“

Man atmet wie von einem Alpdruck befreit auf, wenn man diesen vernünftigen Beschluß liest, in dem sich noch vorurteilsfreie Gerechtigkeit in würdiger Weise mit wirklicher Kenntnis der menschlichen Verhältnisse, insbesondere der seelischen Entwicklung eines Jugendlichen paart. Man hätte meinen sollen, daß die Behörden diesen überzeugenden Beschluß des Landgerichts achten würden. Weit gefehlt! Der Oberbürgermeister von Barmen legte sofortige weitere Beschwerde ein und das Kammergericht hat dann auch durch Beschluß vom 27. April 1917 den landgerichtlichen Beschluß aufgehoben. Dabei stellte das Kammergericht den Grund auf, daß der Staat ein Recht auf politische Zwanngesinnung seiner minderjährigen Untertanen habe. Das Kammergericht meint, die Ablehnung der politischen Anschauungen des jungen L. als eines ausreichenden Grundes zur Anordnung der Fürsorgeerziehung verkenne durchaus das Wesen der Erziehung eines deutschen Kindes. Wenn der nationale Sinn so wenig gepflegt, so durchaus irreführt oder auf unrichtige Wege geraten sei, so müsse, solange es noch Zeit sei, schnell auf die Erziehung in deutscher Gesinnung hingewirkt werden. Das Kammergericht sagt dann weiter:

„Demgegenüber kann der Hinweis auf die angebliche politische Gesinnung, die, wenn sie auch überspannt oder gar gemeingefährlich sein würde, zu achten sei, nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein. Denn welcher politischen Richtung auch immer ein Minderjähriger in seinem späteren Leben sich anzuschließen gewillt ist, so ist es doch, solange der Minderjährige . . . der Erziehungsgewalt Dritter untersteht, Sache der verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß im nationalen Sinne auf den Minderjährigen eingewirkt wird, und die Gefahr einer sittlichen Verwahrlosung ist ohne weiteres gegeben, wenn es sich herausstellt, daß der Minderjährige bei dem gegenwärtigen Stande seiner Erziehung dem Vaterlande entfremdet ist oder gar feindlich gegenübersteht.“

Zum Schluß vermerkt das Kammergericht noch kurz die beiden Bestrafungen des jungen L. mit der Begründung, daß sie ebenfalls sein Treiben als höchst gemeingefährlich und sittlich verwerflich erscheinen ließen. Den vielleicht wichtigsten und vernünftigsten Grund des landgerichtlichen Beschlusses, daß die Fürsorgeerziehung den jungen L. nicht bessern, sondern höchstens noch verbittern und in seinen Anschauungen noch gesellschaftsfeindlicher machen würde, lehnt das Kammergericht als unbedeutend ab. Es müsse vielmehr stets davon ausgegangen werden, daß durch die Fürsorgeerziehung der Zweck des Gesetzes auch erreicht werde. Ein Grund zur Verbitterung seitens des Minderjährigen liege nicht vor, denn die Fürsorgeerziehung bedente keinen Makel für ihn, sondern eine Wohlthat, die das Gesetz ihm erwiesen wolle.

So ist es denn wirklich gekommen, wie der junge L. es gefürchtet hat. Er ist Fürsorgezögling, weil er es gewagt hat, eine politische Anschauung zu hegen, die nach der Ansicht des Kammergerichts den nationalen Anforderungen, die der Staat an seine Untertanen zu stellen berechtigt ist, nicht entspricht. Dieser Beschluß des Kammergerichts besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß ein

Recht des Staates auf uniformierte politische Zwanngesinnung seiner Untertanen bis zum 21. Lebensjahre statuiert wird. Nur beiläufig sei bemerkt, daß eine Feststellung, wonach der junge L. dem deutschen Vaterlande entfremdet oder gar feindlich sei, weder von dem Amte noch von dem Landgericht getroffen worden ist. Das Kammergericht macht aus der Feststellung des Landgerichts, daß L. kein Verständnis für die großen Taten des deutschen Volkes und großer Männer in diesen Zeiten habe, einfach, er sei dem Vaterlande entfremdet und sehe ihm feindlich gegenüber. Aber abgesehen von diesem Einzelfall des jungen L., welche Ausblicke eröffnen sich durch diesen Beschluß des Kammergerichts! In normalen Zeiten wird eine demokratische Gesinnung vielleicht noch Gnade vor den Augen der geistreichen Richter finden. In politischen Konfliktperioden dagegen kann man sich so wohl so ungefähr ausmalen, was der Jugend, die zur Demokratie hält, blühen wird. Selbstverständlich nur zu ihrem Besten! Denn daß mit der Fürsorgeerziehung für das spätere Leben ein Makel verbunden sei, verneint das Kammergericht ausdrücklich.

Und nun stelle man sich weiter die Wirkungen einer solchen zwanngewise Unterdrückung unbehaglicher politischer Gesinnung vor: Zunächst bei den unmittelbar Betroffenen. Eine Wit, ein Hof werden da gezüchtet, gegen die alle frühere Begeisterung ein harmloses Kinderspiel ist! Die Hausväter in unseren Fürsorgeerziehungsanstalten wird man wohl kaum als geeignete politische Erzieher der heranwachsenden Jugend bezeichnen können. Und wie werden sich die mittelbar Betroffenen stellen? Die Eltern, deren Kinder wegen ihrer politischen Gesinnung zu Fürsorgezöglingen gemacht werden, die zahlreichen älteren, im Leben stehenden Leute, welche demokratische Anschauungen verfechten und nun eine solche Behandlung ihrer jugendlichen Anhänger erleiden müssen! Man sage nicht, daß der vorliegende Fall eine Ausnahme darstelle, weil es sich hier um einen Jugendlichen handelt, der in politischer Hinsicht Anhänger der radikalen Linken ist. Es handelt sich um keine Ausnahme, sondern um einen ausdrücklichen, allgemeinen Grundsatz, den das Kammergericht in dem erwähnten Beschlusse in klaren, unzweideutigen Worten aufgestellt hat. Und was heute einem sozialistischen Jugendlichen passiert ist, kann, wenn die Gegensätze zwischen rechts und links sich in Zukunft noch mehr ausprägen werden, jedem Demokraten ebenfalls passieren. Aber auch abgesehen davon, muß es geradezu als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnet werden, daß eine politische Gesinnung als sittlicher Mangel bezeichnet wird, und zwar als sittlicher Mangel in so hohem Grade, daß unter Umständen eine völlige sittliche Verwahrlosung davon zu befürchten steht. Sittliche Qualifikation hat grundsätzlich mit der politischen Anschauung eines Menschen nichts zu tun. Genau so, wie man den Gegner auf dem militärischen Kampffelde und im wirtschaftlichen Kampfe zu achten hat, mag man die Sache, für die er sich einsetzt, auch für noch so falsch halten, genau so muß der Gegner im politischen Kampfe geachtet werden, solange nicht die Unehrlichkeit seiner Ueberzeugung zutage liegt. Und wenn das Kammergericht diesen elementarsten Grundsatz einfach beiseite schiebt, so muß dem aufs nachdrücklichste entgegengetreten werden. Das Kammergericht ist nicht dazu da, um politische Anschauungen zu bekämpfen und sich dadurch in das politische Leben einzumischen, sondern um die Gerechtigkeit zu pflegen. Und die Gerechtigkeit hat bekanntlich eine Binde vor den Augen, durch die sie nicht sehen darf, damit alle Parteien in ihren Rechten vor ihr gleich sind.

Auf dem Gebiete der Fürsorgegesetzgebung ist schon manches geleistet worden, noch mehr aber ist in den Ausführungsbestimmungen vieles geleistet worden. Der kammergerichtliche Beschluß kann nur als ein Ausfluß politischer Denkart angesehen werden. Und was für einer. In einer Zeit, wo viele Tausende mit 18 Jahren ins Feld ziehen und Leib und Leben einsetzen müssen, und nicht nach politischer Gesinnung gefragt wird, soll die Betätigung sozialistischer Ueberzeugung bei Jugendlichen sittlichen Mangel darstellen. Aber warum nur bei Jugendlichen. Ist sozialistische Ueberzeugung sittlicher Mangel, dann auch bei Erwachsenen. Das Kammergerichtsurteil beleuchtet auch unsere politischen Zustände mit Blindsicht. Wir bedauern das nicht, stellen nur die Tatsachen fest.

## Die Frau im öffentlichen Leben.

Die Tätigkeit der Frau im öffentlichen Leben ist im Kriege noch stärker in die Erscheinung getreten, wie das schon vorher der Fall war. Es gibt kein Gebiet, in welchem heute die Frau nicht eingebracht ist. Selbst in Gerichtsgebäuden in den Kanzleien sind Frauen tätig. Nur in der Verwaltung wollte man die Frau nicht haben. Auf die Dauer ist aber auch das unmöglich. Die Frau verlangt auch politische Gleichberechtigung als ein selbstverständliches Vorrecht ihrer Rolle als Hausfrau, Mutter und Arbeiterin. Noch wird dieser Forderung bestialer Widerstand entgegengeleitet; die Frauen werden für ihre Forderungen zu kämpfen wissen und auch kämpfen müssen.

In Gemeinden ist der Widerstand gegen die Mitarbeit der Frau geringer geworden. Zu deutlich ist ihr Einfluß, zu augenscheinlich ihre nützliche Arbeit, als daß man die Frau ausschalten könnte. In den großen Gemeinden von Groß-Berlin will man der Frau Mitbestimmungsrecht in der städtischen Verwaltung einräumen. In der Wasser- und Armenverwaltung wirken Frauen seit längerer Zeit bereits mit. Die städtischen Körperschaften haben sich entschließen müssen, der Frau verschiedene Gebiete der öffentlichen Verwaltung zu öffnen.

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung wählte in ihrer Sitzung vom 28. Juni Frau Warm in die Verwaltung für den städtischen Arbeitsnachweis, Frau Rosenfeld in die Stützungsdeputation, Frau



Wengels in die Verwaltung der Hospitäler, Frau Pastor Runge, Frau Cassel in die Deputation für Schulspfegung und andere Frauen in andere Deputationen. Eine zweite Frau muß in diese für Frauen sehr wertvolle Deputation für Schulspfegung noch hinzugewählt werden. Wir halten es für selbstverständlich, daß eine Arbeiterfrau gewählt wird, die sich dazu bereit findet.

## Die Reichsbeihilfen für gering entlohnte reklamierte Arbeiter.

In einer Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 9. Januar 1917 sind Familienbeihilfen vorgesehn für solche reklamierte Arbeiter, deren Lohn weniger beträgt, als vorher ihre Löhnung nebst freier Verpflegung und Kleidung zusammen mit den ihren Familien gewährten Unterhaltungen. Diese Anordnung hat vielfach zu Irrtümern, vielfach auch zu Mißbrauch seitens der Unternehmer geführt. Der Reichskanzler hat daher ein neues Rundschreiben vom 4. Juni 1917 erlassen, das nunmehr Zweifelsfragen klärt. Leider schwächen die Neuerungen verschiedenes in der ersten Anordnung Gesagte recht erheblich ab.

Nach der neuen Verordnung soll bei der Berechnung des gegenwärtigen Arbeitsverdienstes der Verdienst für Sonntagschichten und Ueberstunden mit in Rechnung gestellt werden. Bei Lohnveränderungen, auch durch höhere Akkordlöhne, ist eine Neufestsetzung der Familienbeihilfen vorzunehmen. Die Kassenbeiträge sind von dem berechneten Arbeitsverdienst nicht in Abrechnung zu bringen. Dagegen soll bei Erkrankungen, bei Unfällen, Arbeitslosigkeit usw. des Reklamierten die Beihilfe entsprechend seinen geringeren Einkommen erhöht werden. Wenn der Reklamierete gezwungen ist, die Arbeit ohne sein Verschulden zeitweise zu unterbrechen, (Störungen im Betriebe durch Frost usw.), so ist ihm auf Grund einer entsprechenden Bescheinigung des Arbeitgebers nicht der entgangene Lohn, sondern ein Betrag als Ausgleich zu geben, der seinem früheren Einkommen vor Einstellung in die Arbeit (Löhnung, Familienunterstützung usw.) entspricht. Diese neue Bestimmung ist unverständlich, nach der herrschenden Rechtsprechung hat der Arbeitgeber für solches Aussehen den Lohn weiter zu zahlen.

Bei der Berechnung der früheren Bezüge ist die Löhnung je nach ihrem tatsächlichen Betrage einzusetzen, die Verpflegung und Kleidung im Deere mit einem Betrage von 1,50 Mk. täglich, mithin halbmonatlich 22,50 Mk. der erhaltenen staatlichen und gemeindlichen Unterstützung sind etwaige Beihilfen des früheren Arbeitgebers für die Familie nicht zuzurechnen, da es sich bei diesen um eine „jederzeit widerrufliche freiwillige Leistung“ handelt. Nur wenn die Arbeitgeberbeihilfe wegen der Familienunterstützung von der Gemeinde geringer gewesen ist, soll dieser gekürzte Betrag zugerechnet werden. Der Summe der früheren Bezüge ist der geschuldete jetzige Arbeitsverdienst gegenüber zu stellen. Der Betrag, um den dieser zurückbleibt, ist als Ausgleichsunterstützung der Familie zu zahlen. Wenn der Reklamierete nicht an seinem Wohnort, sondern außerhalb arbeitet, sind für doppelten Haushalt täglich 2 Mk., also 60 Mk. für den Monat, als Mehrkosten hinzuzurechnen.

Die Einrichtung gilt auch für die zur Arbeit in der Landwirtschaft Entlassenen. Erhalten diese neben dem Arbeitslohn freie Wohnung und sonstige Bezüge, so sind diese mit in Rechnung zu stellen. Dagegen erhalten die Familien zur Arbeit kommandierter Mannschaften die Bezüge nicht, da diese im Falle der Bedürftigkeit die frühere Familienunterstützung forterhalten müssen. Die Beihilfen werden nur auf „Antrag“ gewährt. Die Festsetzung und Auszahlung geschieht von den zur Zahlung der Familienunterstützung zuständigen Versorgungsverbänden (Magistrat oder Landrat). Richtiger wäre es gewesen, die Unternehmer anzuweisen, entsprechende Mindestlöhne zu zahlen.

## Aus der Bewegung.

**Nationalistische Erfolge der Regierungsozialisten im 4. Berliner Reichstagswahlkreis.** Am 16. Juni teilte der „Vorwärts“ seinen Lesern mit, daß am 13. Juni 5 Versammlungen (der Sonderorganisation) im 4. Berliner Reichstagswahlkreis stattgefunden haben, die durchgängig gut besucht waren und die Genossen im 4. Kreise an ihrer Agitation lebhaften Anteil nahmen. An anderer Stelle heißt es, „die Anwürfe, die sich P. Hoffmann in einem Flugblatt gegen uns leistet, tragen dazu bei, unsere Agitation zu fördern“.

Zu dieser Behauptung bemerke ich — schreibt uns Genosse Paul Hoffmann — daß unsererseits im 4. Berliner Reichstagswahlkreis ein Flugblatt nicht verbreitet worden ist.

Und der durchgängig gute Besuch stellt sich zahlenmäßig wie folgt: Für das Landsberger Viertel im Gysium waren anwesend 42 Personen. Für das Köpenicker und Gölziger Viertel im Lokal bei Fröhlich, Rüstenerstraße 1, an 40 Personen. Für das Straßauer Viertel bei Raß, Warschauerstr. 57, waren anwesend 21 Personen. Für das Frankfurter Viertel bei Voerter, Webersstr. 17, waren anwesend 19 Personen. Für das Petersburger Viertel bei Kühne, Schreinerstr. 58, waren anwesend 9 Personen. Also die mit vieler Reklame inszenierten 5 Versammlungen waren von 131 Personen besucht. Und dieser gute Besuch in 5 Versammlungen mit 131 Personen, sowohl die rege Anteilnahme an ihrer Agitation soll nach Angabe des „Vorwärts“ noch auf mein Konto kommen. Was verbleibt dann noch aus eigener Kraft?

Am 6. Wahlkreis gehen die Geschäfte der Regierungsozialisten nicht besser. Sie hatten zum 19. Juni nach den Germaniaälen in der Chausseestraße eine große Versammlung einberufen, in der Wolfgang Seine über Krieg und Frieden sprach. In der Presse

waren dann von der gutbesuchten Versammlung große Berichte zu lesen. In Wirklichkeit war die Versammlung von 160—170 Personen besucht. Man deutet, der große Saal der Germania, der 1500—2000 Personen faßt. Demnach hat Seine vor fast leeren Tischen und Stühlen geredet.

Der 5. Kreis hielt am 19. Juni in den Unionsälen in der Greifswalderstraße eine Versammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, gibt der Vorsitzende Gen. Ehiel von dem Ableben des Genossen Hermann Geddert, Danzigerstraße, Abt. 1a, Kenntnis. Die Versammlung ehrt das Andenken des Verstorbenen, welcher ein Opfer des schrecklichen Krieges ist, durch Erheben von den Plätzen.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung referierte der Reichstagsabgeordnete Gen. Büchner über „Bewegung der sozialdemokratischen Partei in den letzten zehn Jahren.“ Redner verbreitete sich über die bekannten Vorgänge, welche zum Bruch mit den Regierungsozialisten führten. Nicht der Krieg allein hat das stolze Gebäude der Partei vernichtet, die ganzen Zustände in den letzten zehn Jahren waren dazu angetan. Viel früher schon mußte die Auflösung kommen. Bebel und Singer würden, könnten sie die traurigen Zustände mit ansehen, sich im Grabe herum drehen. Der Parteivorstand herrscht, er fragt nicht nach der Masse, ihm ist sie jetzt gleichgültig. Ebenso ist es bei den Gewerkschaftsführern, das beweist auch der Ton in den Gewerkschaftsblättern. In der Metallarbeiterzeitung war folgender Passus zu lesen:

„Jeder einzelne Arbeiter muß an den Verpflichtungen des Staates beitragen.“

Haben doch die Gewerkschaftsführer den § 1 des Vereinsgesetzes gegen die Jugendlichen angenommen, ebenso den Sprachenparagrafen 12 Aufhebung. Brauchen wir da noch einen Bethmann-Hollweg? Das Hilfsdienstgesetz haben die Gewerkschaftsführer mit eingebracht. Am Entwurf hat die Generalkommission mitgeholfen und mit der Regierung verhandelt. Kommerzienrat Bleichert in Leipzig sagte in einem Ausschuss: Das Hilfsdienstgesetz ist nur durch die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zustande gekommen. Wenn früher Gesetze eingebracht wurden, welche für die Arbeiterklasse nicht von Vorteil waren, wie die Reichsversicherung u. a., wurden sie abgelehnt. Wenn heute der Reichskanzler eine Erklärung abgibt, über Kriegsziele zu sprechen „wäre nicht rasiem“, so gibt man sich zufrieden. Selbst Bismarck war gegen jede Annexion, denn Annexionen sind immer Friedensführer. Was Stockholm bringen wird, weiß man noch nicht, Zimmerwald und Kienthal waren die Vorläufer von Stockholm.

Diskussion fand nicht statt. Die Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung wurden befristet.

**Aus Ludwigshafen a. Rh.** wird uns geschrieben: Im großen Saalbau Scheuer fand am Sonntag, den 26. Juni 1917 die erste Mitgliederversammlung mit geladenen Gästen statt. 630 Genossen und Genossinnen waren der Einladung gefolgt, um das Referat des Genossen Deter aus Braunschweig, der an Stelle des Genossen Ledebour einsprach, zu hören. Genosse Deter ging eingehend auf die Gründe zur Stellung und Spaltung der Partei ein. In zirkel zweistündigem Vortrage, der oft von lebhafter Beifallszollung unterbrochen war, geißelte er die Machenschaften des Parteivorstandes. Großer Beifall lohnte den Redner für seine treffenden Ausführungen. Das Referat wurde zur Diskussion gestellt, an der sich einige Parteigenossen beteiligten und die Anwesenden aufforderten, sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Nun ist auch der Grundstein in der bayerischen Rheinpfalz gelegt. An den Ludwigshafener Parteigenossen liegt es nun, unseren Sozialpatrioten zu zeigen, wo der richtige Weg hingehet. Die Aufnahmen und Uebertritt beweisen, daß es mit der Mehrheit abwärts geht.

**Die oppositionelle Sozialdemokratie in Ostpreußen** macht erfreuliche Fortschritte. Sie konnte ein unabhängiges Wochenblatt, die „Volksstimme“ gründen, der allerdings gleich von vornherein große Schwierigkeiten bereitet wurden, und die nach dem Erscheinen der zweiten Nummer den Kriegsverhältnissen zum Opfer gefallen ist. Sie war von den Parteigenossen und Genossinnen mit Sehnsucht erwartet und sehr gut aufgenommen worden. Sobald wieder günstigere Umstände eintreten, wird sie wiederkommen. Der alte Stamm der Parteigenossen in Ostpreußen hält zur Opposition, und er denkt nicht daran, die Parteivorstandspolitik mitzumachen. Insbesondere ist der größte Teil der organisierten Parteimitglieder in den beiden maßgebendsten Wahlkreisen, Königsberg-Stadt und Königsberg-Land, in der Opposition geblieben, und zahlreiche Genossinnen und Genossen werben eifrig für sie, so daß unsere Bewegung zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Die von den Gewerkschaftsangehörigen neu gegründete Sonderorganisation des Parteivorstandes ist nicht imstande, dasselbe zu berichten. Zwar war die Organisation der Partei schnell zerrissen, auch hatte der Parteivorstand durch einen Gewaltakt die „Volkszeitung“ in seine Hände bekommen, und an einer wästen Hege gegen die Opposition fehlte es ebenfalls nicht, doch die Erfolge blieben aus. Die „Volkszeitung“ verlor sehr bald einen wesentlichen Teil ihrer Abonnenten, und nicht zuletzt ist diese Tatsache auf ihre verwerfliche Kampfweise gegen oppositionell gesinnte Parteigenossen zurückzuführen. Eine Zeit hindurch wimmelte sie von persönlichen Verdächtigungen und Schwähungen; selbst zu Denunziationen wurde gegriffen. Als man vernahm, daß die „Volksstimme“ erscheinen sollte, wurde alles versucht, um sie gar nicht aufkommen zu lassen. Und Genosse Kase, der Reichstagsabgeordnete für Königsberg, wurde besonders mit Schmutz beworfen. Zu diesem Treiben, das selbst anständige bürgerliche Kreise angewidert hat, ist vom Parteivorstand öffentlich mit keinem Wort Stellung genommen worden. Ja, das Parteivorstandsmitglied Otto Braun hieß in einem Artikel in dieselbe Kerbe, so daß diese Kampfweise den Geflogenen

heissen des Parteivorstandes entspricht und von ihm gutgeheißen wird.

Je heftiger die Opposition bekämpft wird, desto mehr erhartet sie. Das ist ja eine alte Erfahrung, von der allerdings die Mehrheitspolitiker nichts zu wissen scheinen. Deren Agitation bleibt erfolglos. Kürzlich war für eine ihrer Versammlungen großer Tamtam geschlagen. Obwohl sie am Sonntag stattfand, nahmen an ihr nur gegen 40 Personen teil, hauptsächlich Angehörige und Bekannte der Gewerkschaftsangehörigen, die für die Parteivorstandspolitik schwärmen. Die „Volkszeitung“ berichtete über erfreulich „starken Besuch“ dieser Versammlung. Der weibliche Anhang dieser Gewerkschaftsangehörigen, etwa 22 Frauen und Mädchen, kamen überein, eine Frau, die Gattin eines Gewerkschaftsbeamten, zu einer Frauenkonferenz nach Berlin zu senden. Diese Zahlen geben ungefähr ein Bild von der „Stärke“ der Mehrheitsbewegung in Königsberg. Andern wird daran auch nichts denneulich vom Parteivorstande angestellte Bezirkssekretär Seemann, der bisher Beamter des Metallarbeiterverbandes in Königsberg war. Er kündigte, und in der „Volkszeitung“ wurde es so hingestellt, als ob er wegen der „Machenschaften der Unabhängigen“ die Stelle verlassen müßte. In Wirklichkeit ging er, um die Bezirkssekretärstelle zu erhalten, die der Parteivorstand geschaffen hat. Jetzt ist alles da, eine Zeitung, ein Sekretariat, ein Sekretär, nur die Mitglieder bleiben aus, und sie werden in großer Zahl auch nicht kommen, denn je länger der Krieg dauert, desto größer wird der Kreis, der einsieht, daß die Politik der unabhängigen Sozialdemokratie die allein richtige ist, und daß die „sozialdemokratische“ Mehrheit durch ihr Verhalten zur Regierung nur die Politik der Imperialisten und Kapitalisten unterstützt.

**Aus Kiel** wird uns geschrieben: Die Sozialimperialisten Kiels hielten am 28. Juni ihre Hauptversammlung ab. Ueber den Besuch derselben läßt der Volkszeitungsbericht nichts vernehmen, doch gibt wohl die Zahl der 160 gültigen Stimmzettel für die Kandidaten zum Parteitage ein Bild von dem Besuch der Versammlung. Vor der Scheidung von den Imperialisten waren die Versammlungen bekanntlich stets sehr gut besucht, wir konnten zeitweise von 1000, ja 1200 Personen berichten, die in den Versammlungen anwesend waren, wenn von unserer Seite dafür agitiert war. Dieser schwache Besuch läßt es denn auch erklärlich erscheinen, daß die Frage der Agitation einen breiten Raum einnahm und gewünscht wurde, darüber auf der Generalversammlung besonders zu verhandeln. Von einem Redner wurde sogar gesagt, diese Frage sei wichtiger als ein Referat über die Friedensfrage, das doch nur „decorativen Wert“ habe. Wirklich einmal ein offenes Eingeständnis des Wertes der von der Mehrheit betriebenen „Friedensarbeit“, um so wertvoller, als es von einem Redakteur der Volkszeitung kam. Ein anderer Redner sprach sich über die Verschärfung der Parteipolitik in den Kreisen der Arbeiter aus, er meinte, „die Tatsache, daß die Politik der Mehrheit im Reiche wieder an Ansehen gewinnt, müsse „zur Agitation“ ausgenützt werden“.

Am gleichen Tage fand die erste Generalversammlung der „Unabhängigen Sozialdemokraten Kiels“ statt. Nach Erhaltung des Reichs für die verflochtenen 4 Monate wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Genosse Wüth wurde zum Vorsitzenden, Genosse Schmeißer zum Kassierer und Genosse Theil zum Schriftführer gewählt. Dann erfolgte die Wahl einer Prekominmission. Es folgte dann der Bericht von der Bezirkskonferenz. Die Herausgabe eines Wochenblattes für den Bezirk sollte am 1. Juli erfolgen. Das für dieses Blatt gekaufte Papier wurde aber bis jetzt nicht freigegeben. Zum Schluß wurde noch auf die jeden Mittwoch stattfindenden Diskussionsabende hingewiesen.

**Eine Friedensstener** erheben die Regierungsozialisten von denen, die sich vorreden lassen, daß die Sozialpatrioten die Macher der Friedensbewegung seien. Sie haben nämlich Sammellisten herausgegeben mit der Ueberschrift „Für den Friedensparteitag“. Ob durch diese Sammellisten die Speisen der Stockholmer Reise aufgebracht oder die Unkosten des Würzburger Parteitages bestritten werden sollen, geht aus den Sammellisten nicht hervor. Jedenfalls aber ist es ein Unfug, mit dem Worte Frieden Geld aus den Massen herauszulocken, denn niemand hat ernstlich weniger für den Frieden getan, als die Regierungsozialisten, und sie tragen in erster Linie die Schuld, wenn heute nicht schon Frieden ist.

## Aus der Zeit.

**Die Aufhebung des Burgfriedens** bei den im Herbst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen in Leipzig kündigt das „Leipziger Tageblatt“ an. Es schreibt: „Daß die Wahl im Zeichen des Burgfriedens stattfindet, ist ausgeschlossen. Es wird also zu einem regelrechten Kampfe kommen.“ Man rechnet dabei auf die Aufstellung von besonderen Kandidaten der Sozialpatrioten.

**Holz für Leder.** Wegen des schlechten Zustandes der von der Kriegsledergesellschaft gelieferten Ledererstattmittel hat der Rat der Stadt Leipzig sich veranlaßt gesehen, zwei Millionen Holzsohlen zu bestellen, die demnach an die Schuhmachermeister zur Verteilung gelangen.

**Willkürlich bewegbare Ersatzglieder für Amputierte.** Der Züricher Chirurg, Professor Zuercher, zeigte, wie aus Wien berichtet wird, in einer Sitzung der Gesellschaft der Ärzte ein von ihm entdecktes operatives Verfahren, das bezweckt, willkürlich bewegbare Ersatzglieder für amputierte Glieder mit Hilfe lebender Kraftquellen herzustellen.

Verantw. Redakteur: G. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schilderstraße 5. Druck: Maurer & Timm, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.